



## Staatsverschuldung erreicht neuen Rekord Schuldenuhr tickt mit 3.393 Euro pro Sekunde

Vor wenigen Wochen hat der Bundestag den Bundeshaushalt für 2024 beschlossen. Zeit für den BdSt, die Schuldenuhr Deutschlands zu aktualisieren. Was passiert 2024 bei Bund, Ländern und Kommunen?

Der BdSt hat wieder die Haushalts- und Finanzpläne von Bund, Ländern und Kommunen analysiert und akribisch Zahlen zusammengetragen. Ergebnis: Für 2024 taxiert der Verband einen sekundlichen Zuwachs der Staatsverschuldung von rund 107 Mrd. Euro – rechnerisch 3.393 Euro pro Sekunde. Nach zuletzt 3.817 Euro je Sekunde Ende 2023 sinkt der Kredithunger des Staats in diesem Jahr damit kaum. Das hängt vor allem am Bund, der sich weiterhin in großem Stil verschuldet, auch abseits des Bundeshaushalts.

### Bund dominiert Schuldenzuwachs

Die Schuldenpläne des Bundes fließen mit einer Neuverschuldung von rund 101 Mrd. Euro in die Schuldenuhr ein. Mit 94 Prozent dominiert der Schuldenzuwachs auf der Schuldenuhr. Denn neben der offiziell ausgewiesenen Nettokreditaufnahme in Höhe von 39 Mrd. Euro finden sich weitere, mehr als 62 Mrd. Euro in versteckter Form. So gelingt der Ausgleich von Einnahmen und

Ausgaben im Bundeshaushalt nur aufgrund einer zusätzlichen Kreditaufnahme im Umfang von rund 10 Mrd. Euro – deklariert als Entnahme aus der Rücklage.

Gleichfalls muss ein Großteil der Ausgaben der weiterhin zahlreich bestehenden Sondervermögen des Bundes über den Kapitalmarkt finanziert werden. In Summe schlagen nach dem Kreditfinanzierungsplan des Bundes hierfür netto 32 Mrd. Euro zu Buche, vor allem zugunsten der Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds. Und schließlich fließt auch das Sondervermögen der Bundeswehr in die Schuldenuhr Deutschlands ein, welches für dieses Jahr eine schuldenfinanzierte Beschaffung von Bundeswehr-Ausrüstung von knapp 20 Mrd. Euro vorsieht.

### Licht und Schatten bei den Ländern

Anders die Situation bei den 16 Länderhaushalten. Auch wenn hier enorme Unterschiede zwischen den Ländern bestehen – im Saldo steht eine minimale Tilgung von rund 6 Mio. Euro. Da einige Länder allerdings noch keine beschlossenen Haushaltspläne oder Nachtragshaushalte für 2024 angekündigt haben, wird sich die Schuldenbilanz der Länder für dieses Jahr

vermutlich noch mehrfach ändern. Konkret: Neben zwei Ländern mit einer geplanten Schwarzen Null (Hessen und Sachsen) planen derzeit sieben Länder mit einer Gesamt-Nettokreditaufnahme von 4,6 Mrd. Euro – an der Negativ-Spitze Brandenburg und das Saarland mit jeweils mehr als einer Milliarde Euro. Parallel wollen sieben Länder Schulden abbauen, und zwar im Umfang von gleichfalls zusammen rund 4,6 Mrd. Euro. Spitzenreiter bei den Tilgungen ist das hochverschuldete Nordrhein-Westfalen, das allein knapp 2,9 Mrd. Euro Bestandsschulden abbauen will. Deutlich schlechter steht es um die Kommunen, die unter einem hohen Konsolidierungsdruck leiden und mit einem wachsenden Schuldenberg konfrontiert sind. Der BdSt erfasst die Kommunen 2024 vorerst mit einer Neuverschuldung von 6 Mrd. Euro in seiner Schuldenuhr.

Insgesamt hat sich die Staatsverschuldung in den jüngsten Jahren auf rund 2.500 Mrd. Euro aufgetürmt – eine Zunahme um 600 Mrd. Euro seit Anfang 2020! Durch die versteckte Schuldenpolitik des Bundes wird der Staatsschuldenberg auch in den kommenden Jahren von Rekord zu Rekord eilen.

Sebastian Panknin, s.panknin@steuerzahler.de

## Impressum

Der Steuerzahler, 75. Jahrgang, März 2024

Herausgeber  
Reiner Holzengel

Redaktion  
J. Berg (Chefredakteurin), H. Filz, Reinhardtstraße 52, 10117 Berlin, www.steuerzahler.de, presse@steuerzahler.de

Ständige Mitarbeiter  
M. Ehrentreich, D. Karbe-Geßler, M. Kasseckert, S. Panknin, S. Schütz, M. Warneke

Konzeption & Gestaltung  
J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Titel: J. Holz

Druck & Versand  
Dierichs Druck Media GmbH & Co. KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Verlag  
BdSt Steuerzahler Service GmbH  
Haus der Bundespressekonferenz, Raum 4309  
Berlin Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

Verleger & Anzeigenleitung  
Julia Berg (verantwortlich)  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag zum Bund der Steuerzahler abgegolten. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen keine Gewähr. Der Gesamtauflage dieser Ausgabe liegt ein Beileger der Firma Walbusch sowie ein Beileger der Firma Lexware bei.

Für alle Fragen rund um Ihre Mitgliedschaft wenden Sie sich bitte direkt an Ihren Landesverband:

Baden-Württemberg: 0711-767740  
Bayern: 089-1260080 Berlin: 030-7901070  
Brandenburg: 0331-747650 Hamburg: 040-330663  
Hessen: 0611-992190  
Mecklenburg-Vorpommern: 0385-5574290  
Niedersachsen und Bremen: 0511-5151830  
Nordrhein-Westfalen: 0211-991750  
Rheinland-Pfalz: 06131-986100 Saarland: 0681-5008413  
Sachsen: 0371-690630  
Sachsen-Anhalt: 0391-5311830  
Schleswig-Holstein: 0431-563065  
Thüringen: 0361-2170790

